

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 21. März 2024

Betreff: Bürgerbeteiligung und Aufwertung der Bezirksdemokratie

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Sowohl die Grünen, als auch die KPÖ, schreiben sich seit jeher die Einbindung der Bevölkerung, also ernsthafte und nachhaltige Bürgerbeteiligung, auf ihre politischen Fahnen.

Bei vielen politisch motivierten dieser linken, aus KPÖ, SPÖ und Grünen bestehende Koalition, aber vor allem bei den Projekten der Grazer Grünen, wurden zwar Beteiligungsprozesse und eine medial gut verwertbare Anzahl an Informationsveranstaltungen zum Schein durchgeführt. Markant ist das am Beispiel der **Begegnungszone Zinzendorfsgasse** zu sehen, denn dort wurden die Wünsche der langjährigen Bewohner großteils ignoriert und wegargumentiert.

Die Liste der Projekte lässt sich mit Beispielen wie der **Fahrradstraße Marburgerstraße**, diversen Schulstraßen etc., beliebig lang weiterführen. Ein Paradebeispiel hierfür ist die **Schulstraße Loewegasse**, bei der der vermeintlich begonnene Bürgerbeteiligungsprozess beim bzw im Bezirksrat (!) endete. Denn obwohl im Wetzelsdorfer Bezirksrat sowohl Grüne Bezirksräte als auch KPÖ-Bezirksräte vertreten sind, wurde mit den betroffenen Bewohnern vor Offenlegung der bis dato fertigen Pläne kein Wort gewechselt.

Das gleiche Bild stellt sich in der Fischeraustraße dar: Die Schaffung eines **Fahrradspielplatzes in der Fischeraustraße** wurde ohne Bürgerbeteiligung (!), aber auch ohne Bezirksrat (!! **versucht**) umzusetzen. Trotz möglicherweise drohenden signifikanten Änderungen für die dortigen Bewohner wurden diese nicht eingebunden.

**Zwischenfazit:** Aktuell spielen in den wenigsten Fällen die von den Grünen, aber auch den restlichen Protagonisten der linken Stadtkoalition, initiierten Projekte tatsächlich den Willen der Bevölkerung wider, und stellen diese Projekte auch keine Verbesserung des aktuellen status quo dar.

Bedenkt man die – angeblichen – Eckpfeiler der politischen Arbeit der Grünen, nämlich Natur- und Klimaschutz, Solidarität in der Gesellschaft, Nachhaltigkeit in der Wirtschaft, Fairteilen von Arbeit und Einkommen, Demokratie und Mitbestimmung (Quelle Website der Grünen), und auch ruft man sich die Bemühungen der KPÖ für mehr Bürgerbeteiligung vor der Machtübernahme im Jahr 2021 in Erinnerung, so muss man sich heute über die rücksichtslose Umsetzung von vor Ideologie tiefenden Projekten dieser Stadtkoalition verwundert und erschrocken zeigen.

Als Beispiel hierfür können die Umbenennungen von Kleinststraße mit 7-21 Hausnummern angeführt werden. Eine von uns durchgeführte Unterschriftenaktion in allen betroffenen Gassen legte den eindeutigen Wunsch nach Erhalt des Status Quo offen – die Umbenennungen erfolgten trotzdem gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Trotz der vielen Worte der Kritik haben wir natürlich auch Verständnis dafür, dass umfassende und echt Bürgerbeteiligungsprozesse natürlich Ressourcen erfordern, die im gewünschten Ausmaß nicht vorhanden sind. Und auch nehmen wir immer wieder den Wunsch und Willen zur Veränderung und Verbesserung der Situation hin zu einem „Mehr“ an Bürgerbeteiligung wahr.

Ein Instrument für dieses „Mehr“ an Bürgerbeteiligungen stellt natürlich die Bezirksdemokratie und die auch von dieser Stadtkoalition versprochene AUFWERTUNG dieser Bezirksdemokratie dar. Die Bezirksfunktionäre dienen schon jetzt trotz ihrer mehr als beschränkten Kompetenzen und Möglichkeiten als Sprachrohr der Bevölkerung und haben bei vielen Vorhaben ein Anhörungsrecht bzw. gibt es auch strenge Informationspflichten.

Wenn man die versprochene Aufwertung der Bezirksdemokratie endlich Wirklichkeit werden lässt, könnten Bürgerbeteiligungsprozesse endlich auch auf die Bezirks(rats)ebene ausgeweitet werden. Somit kann die Belastung der Verwaltung durch Bürgerbeteiligungsprozesse zum Teil abgefangen/minimiert werden und Bürger werden direkt von von ihnen gewählten Vertretern informiert bzw. motiviert ihre Meinung kundtun. Die Änderung der Geschäftsordnung dahingehend sollte im Zuge der Gesamtaufwertung keine große Herausforderung sein.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, dem Gemeinderat in der Sitzung vom 25. April 2024 einen Zwischenbericht über den aktuellen Stand der Ausarbeitungen zum Themenkomplex „Aufwertung der Bezirksdemokratie“ vorzulegen und einen Zeitplan zu präsentieren, bis wann die in dieser Periode gestartete „Reform der Bezirksdemokratie“ abgeschlossen sein wird.
- Der Gemeinderat bekennt sich zu einem Ausbau der Bürgerbeteiligungsprozesse und soll bei Projekten des eigenen Wirkungsbereiches, deren öffentliches Interesse und deren Auswirkungen überwiegend im jeweiligen Bezirk liegen, zukünftig wieder verstärkt den Wünschen und Forderungen der ansässigen Bezirksbevölkerung nachgekommen werden und ist die Bezirksbevölkerung zukünftig wieder schon in den Anfangsstadien dieser Projekte in die Umsetzung dieser (mit)einzubinden.
- Bürgerbeteiligungsprozesse sollen zukünftig vermehrt auf Ebene des Bezirkrates umgesetzt werden und wird ein derartiger Ausbau der Bürgerbeteiligungsprozesse samt Kompetenzerweiterung des Bezirkrates dahingehend, eigene Bürgerbeteiligungsprozesse zu starten, bei der aktuell stattfindenden Überarbeitung der Geschäftsordnung des Bezirkrates mitberücksichtigt.